

Für Studierende war Corona ein Job-Killer

Eine Umfrage an der Universität Basel zeigt das Ausmass der Covid-19-Pandemie auf die finanzielle Situation der Studierenden.

Helena Krauser

Ein Studentenleben ohne Gemeinschaft, ohne Lerngruppen und ohne WG-Partys. Das war für die Studierenden in Basel und weltweit in den vergangenen Semestern die Realität. Viele neue Studierende haben die Universitätsräume noch nie von innen gesehen. Anstatt in den Vorlesungen und Seminaren neue Freundschaften zu schliessen, zogen viele wieder zu ihren Eltern. Einige von ihnen verloren ihren Job und wussten plötzlich nicht mehr, wie sie über die Runden kommen sollen.

Wie viele Studierende genau in finanzielle Schwierigkeiten kamen und wie viele die Semestergebühr nicht mehr bezahlen konnten, das wollten zahlreiche Medien von der studentischen Körperschaft (Skuba) wissen. Aber die hatte keine konkreten Antworten. Das Leben an der Universität war zum Erliegen gekommen. Gespräche unter den Studierenden fanden kaum statt. Also wusste die Skuba nicht genauer über die Situation der Studierenden Bescheid.

Daher entschloss sich Sarah Preiswerk, Vorständin der Skuba im Ressort Kultur, eine Umfrage zu starten. Mit Fragen zur finanziellen Situation und der Zufriedenheit mit den aktuellen Bedingungen im Studium fing sie die Gefühlslage der Befragten ein. Besonders bemerkenswert ist: 37 Prozent der Studierenden haben ihre Verdienstmöglichkeit verloren und 45 Prozent sind mit ihrer persönlichen Situation im Studium nicht zufrieden. 13 Prozent sind wieder ins Elternhaus zurückgezogen und 23 Prozent konnten die Semestergebühren ohne finanzielle Hilfe von aussen nicht mehr bezahlen.



Gemeinsames Lernen gehört normalerweise zum Alltag der Studierenden.

Archivbild: Juri Junkov (November 2016)

An der Umfrage haben insgesamt 122 Studierende aus den verschiedenen Fakultäten teilgenommen. Preiswerk hatte sich eine grössere Teilnahme erhofft. Sie nimmt an, dass die Studierenden es mittlerweile etwas leid sind, Fragebögen zu diesem Thema auszufüllen.

Bundesgelder zur Nothilfe für Studierende abgelehnt

Preiswerk kennt die finanziellen Schwierigkeiten, mit denen die Studierenden zu kämpfen hatten, aus eigener Erfahrung. Auch sie stand mit dem Beginn der Covid-19-Pandemie plötzlich ohne Job da. Sie arbeitete im

Verso, dem Kulturlokal der Universität Basel, als Organisatorin externer Events. Sie sagt: «Als keine Veranstaltungen mehr stattfinden durften, stand ich völlig unvermittelt ohne Arbeit da. Keiner wusste, wie es weitergeht.» Neben dem Job im Verso arbeitet Preiswerk auch als Yogalehrerin. «Das konnte ich dann auch nicht mehr machen», so Preiswerk. Um dennoch ein bisschen Geld zu verdienen, überlegte sie sich eine Alternative zu den klassischen Yogastunden. Sie bot Achtsamkeitsspaziergänge an und nahm Audioanleitungen für Yogaübungen auf. Preiswerk konnte

auch auf finanzielle Unterstützung aus dem Familien- und Bekanntenkreis zurückgreifen: «Da bin ich privilegiert. Leider haben nicht alle diese Option.»

Kommunikation über Angebote bemängelt

Für alle Auszubildenden, die dieses Privileg nicht haben, forderten die Basler Ständerätin Eva Herzog (SP) und die Solothurner Nationalrätin Franziska Roth (SP) mit je einem Vorstoss auf Bundesebene finanzielle Nothilfe. Dabei sollte es um einmalige Beiträge von 5000 Franken pro Auszubildende gehen. National- und Ständerat lehnten

die Forderungen Mitte Juni aber ab. Somit sind die Studierenden, die sich wegen der Covid-19-Pandemie in einer schwierigen finanziellen Lage befinden, weiterhin ausschliesslich auf die Unterstützung der Universitäten und Fachhochschulen angewiesen. In Basel können sie sich an die Sozialberatung wenden. «Im Frühjahr 2020 wurde eigens ein Prozess etabliert, um Unterstützung mit Überbrückungsstipendien rasch und unbürokratisch zur Verfügung stellen zu können», sagt Gaudenz Henzi von der Sozialberatung der Universität Basel auf Anfrage. Im Jahr 2020 sei 35-mal Gebrauch

«Plötzlich stand ich unvermittelt ohne Arbeit da.»

Sarah Preiswerk
Vorständin bei der Skuba

von diesem Angebot gemacht worden. Ablehnungen habe es nur vereinzelt gegeben. Im Vergleich dazu: Im Jahr 2019 wurden elf Überbrückungsstipendien gesprochen. Neben der Vergabe von Stipendien hilft die Sozialberatung den Studierenden auch dabei, allfällige Ansprüche auf Arbeitslosengelder, Kurzarbeitsgelder oder kantonale Stipendien oder Elternunterstützung abzuklären.

Aus der Umfrage von Preiswerk geht allerdings hervor, dass rund zwei Drittel der befragten Studierenden dieses Angebot der Universität nicht kennen. 13 Prozent gaben ausserdem an, es sei schwierig, an Informationen zum Thema zu kommen. Für eine effektivere Unterstützung wünschen sich die Studierenden, dass finanzielle und psychologische Hilfestellungen ausgebaut und besser sichtbar gemacht werden. Ausserdem wollen sie klare Angaben zum Verlauf des nächsten Semesters, um besser planen zu können, die Förderung des Austauschs unter den Studierenden und hybride Veranstaltungen.